

Greifenhagener Kreis-Zeitung

Amfliches Kreisblatt für den Kreis Greifenhagen

Nr. 70.

Donnerstag, den 19. Juni 1919.

75. Jahrg.

Amflicher Teil.

Bekanntmachung. Der § 1 Absatz 1 der Transportkostenordnung für die Provinz Pommern vom 7. Juli 1915 (Amtsblatt der Regierung Köslin S. 257, Stettin S. 301, Straßund S. 158 für 1913) und meine Bekanntmachung vom 30. Juli 1915 (Amtsblatt der Regierung Köslin S. 281, Stettin S. 286, Straßund S. 204 für 1915) sowie der § 4 la der vorerwähnten Transportkostenordnung werden mit Genehmigung des Herrn Ministers des Innern dahin abgeändert, daß

1. der im § 1 der Transportkostenordnung festgesetzte Tagesverpflegungssatz von 1 M auf 2 M und
2. die im § 4 unter la festgesetzten Begleitgebühren für Transport nach der Erziehungsanstalt Zülchow bezw. nach dem Magdalenenstift in Warsow von 1,50 M auf 2,50 M und nach der Erziehungsanstalt Warsow von 2 M auf 3 M mit der Wirkung vom 1. April ds. Js. ab erhöht werden.

Stettin, den 20. Mai 1919.

Der Oberpräsident. In Vertretung: gez. Hohnhorst.

Veröffentlich.

Greifenhagen, den 12. Juni 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung. Durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts in Bahn ist die Landwirtsfrau H. in H. wegen Uebertretung der Milchverordnung des Kreisauschusses vom 10. Dezember 1917

zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Frau H. hatte, trotzdem sie verpflichtet war, sämtliche Milch an die Molkeret abzuliefern, heimlich zentrifugiert und gebuttert.

Greifenhagen, den 10. Juni 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung. Der Herr Minister des Innern hat durch Erlaß vom 6. Mai ds. Js. erneut auf die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hingewiesen. Ein Abdruck des Erlasses wird den Ortsbehörden in Kürze zugehen.

Ich ersuche die Bestimmungen in Ziffer 1 und 2 des Erlasses zu befolgen und für baldige Anlegung eines Postcheckkontos Sorge zu tragen.

Greifenhagen, den 16. Juni 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung. Die Provinzialkartoffelstelle hat mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle den Preis für Frühkartoffeln aus der Ernte 1919

für die Zeit vom 1. bis einschl. 20. Juli auf 11,- M für die Zeit vom 21. " " 31. " " 10,- "

festgesetzt.

Die Festsetzung des Preises vom 1. August ab bleibt einstweilen vorbehalten.

Stettin, den 13. Juni 1919.

Der Oberpräsident. Provinzialkartoffelstelle.

In Vertretung. Beglaubigt!

gez. Bauer, Regierungssekretär.

Veröffentlich.

Greifenhagen, den 14. Juni 1919.

Der Kreisauschuß. (Kartoffelabteilung.) Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung. Auf dem Rittergute Neuhaus hiesigen Kreises ist in der Nacht vom 16. zum 17. ds. Mts. ein Pferd mit Geschirr aus dem Stall gestohlen worden. Es ist ein brauner Wallach (Klopphengst) ohne jede Abzeichen, ca. 12 Jahre alt und 1,65 m groß.

Die Spur führt am Stall entlang zur Chaussee nach Kortenbogen.

Ich ersuche die Ortspolizei- und Ortsbehörden sowie die Herren Gendarmerie-Wachmeister, nach dem Verbleib des Pferdes zu forschen und im Ermittlungsfalle die Gutsverwaltung in Neuhaus direkt zu benachrichtigen.

Greifenhagen, den 17. Juni 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung.

Das Provilantamt Stettin beginnt mit dem Heuankauf aus der diesjährigen Ernte.

Greifenhagen, den 18. Juni 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung. Im Namen des Preussischen Staatskommissars für Volksernährung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die Verordnung über Höchstpreise für Honig vom 26. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 559) aufgehoben ist. Für den für den Lazarett- und Krankenhausbedarf abzuliefernden Honig ist von dem Herrn Preussischen Staatskommissar für Volksernährung nunmehr der Butterpreis des Erzeugergebietes als Uebnahmepreis festgesetzt worden.

Die Bekanntgabe des Richtpreises für den im freien Verkehr abgesetzten Honig erfolgt durch die örtlichen Preisprüfungsstellen.

Stettin, den 27. Mai 1919.

Der Regierungspräsident. gez. von Schmeling.

Arbeiter-Kat. Gollnow.

Veröffentlich.

Greifenhagen, den 15. Juni 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung. Die Revision der nach der Bekanntmachung vom 2. Juni ds. Js., Kreisblatt Nr. 65 bis zum 20. Juni ds. Js. vorzunehmenden Pläne-Räumungsarbeiten wird die Schaukommission gemäß § 12 der Polizeiverordnung betreffend die Räumung der Pläne vom 28. Dezember 1889, Amtsblatt der Königl. Regierung Stettin 1890, Seite 29 — unter möglichster Innehaltung folgenden Reiseplans zur Ausführung bringen:

Am Dienstag, den 24. Juni ds. Js.

Abfahrt von der Kolbager Schleuse vormittags 8¹/₂ Uhr

" " " Feldmarksgrenze in Reckow vorm. 8³/₄ "

" " " " " " " 9¹/₄ "

" " " " " " " 9³/₄ "

Eintreffen in Hohenkrug " " " 10¹/₂ "

Abfahrt von Hohenkrug mittags " " " 11¹/₂ "

" " " von der Grenze bei Rosengarten und Franzhausen mittags 12 Uhr

Abfahrt von der Hammermühle nachm. 12¹/₂ "

Eintreffen bei der Blauröcksmühle " " " 1¹/₂ "

Die beteiligten Gemeinde- und Gutsvorsteher der oben genannten Ortschaften werden hierdurch aufgefordert, sich zur Revision rechtzeitig an Ort und Stelle einzufinden und die Schaukommission an derjenigen Grenze ihres Bezirkes, welche die Kommission bei der Revision zunächst erreicht, zu erwarten, um der Kommission die einzelnen beteiligten Grundbesitzer nachmahft zu machen.

Greifenhagen, den 18. Juni 1919.

Der Landrat und Vorsitzende der Plänechau-Kommission.

Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung, betreffend die Aufstellung von Vermögensverzeichnissen.

Die Frist zur Aufstellung der Vermögensverzeichnisse gemäß der Verordnung vom 13. Januar 1919 wird auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 27. Mai ds. Js. bis zum 30. Juni ds. Js. verlängert.

Steuerpflichtige mit einem Vermögen von weniger als 10 000 M sind zur Aufstellung und späteren Einreichung eines Vermögensverzeichnisses nicht verpflichtet.

Bei den Wertpapieren einschl. der Schuldbuchforderungen wird auf die Einlegung der Kurswerte und Gesamtwerte, also auf die Ausfüllung der Spalten "Kurswerte" und "Gesamtwerte" unter III, 1 und 2 des Modells für die Vermögensverzeichnisse, verzichtet. Sind die Stücke der gleichen Wertpapiere verschieden groß, so genügt in der Spalte "Stückzahl" die Eintragung: "Diverse Stücke."

In der Spalte "Nennwert" ist dann allerdings unter allen Umständen nicht der Nennwert der einzelnen Stücke, sondern der gesamte Nennwert der betreffenden Wertpapiere anzugeben.

Greifenhagen, den 18. Juni 1919.

Verstehungsamt. Koehler.

Bekanntmachung. Unter dem Pferde-Bestande des Hofbesizers Freiheit zu Martenthal ist die Rüde ausgebrochen, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Verhaltensmaßregeln sind angeordnet.

Wildenbruch, den 16. Juni 1919.

Der Amtsvorsteher. Fuß.

Bekanntmachung. Die diesjährige Obstarbung an den städtischen Wegen soll am Sonnabend, den 21. Juni 1919, vorm. 10 Uhr im Rathaus öffentlich verpachtet werden, wozu wir Pächter hierdurch einladen. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.

Greifenhagen, den 12. Juni 1919.

Der Magistrat. Quandt.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Obermeyer.

Gewerbliche Fortbildungsschule.

Der Zeichenunterricht der gewerblichen Fortbildungsschule beginnt im Anabenschulhause wieder Sonntag, den 22. Juni um 7 Uhr morgens.

Sämtliche Lehrlinge, die zum Besuch des Zeichenunterrichts verpflichtet sind, haben an diesem Tage zu erscheinen.

Greifenhagen, den 17. Juni 1919.

Der Magistrat. Quandt.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Obermeyer.

Der Hochverrat am Rhein.

Eine Note des Grafen Ransau.

Graf Ransau hat dem Präsidenten Clemenceau unter Beifügung der Protestnote Erzbergers eine Protestnote überreicht, in der es u. a. heißt:

Die deutsche Delegation hat in den letzten Tagen sowohl durch die Presse als durch unmittelbare Nachrichten aus Deutschland Kenntnis davon erhalten, daß in den Rheinlanden und der Pfalz Bestrebungen im Gange sind zu dem Zweck, diese Gebiete vom Deutschen Reiche loszulösen und zu selbständigen Republiken zu machen. Die Bestrebungen werden von den militärischen Behörden der Okkupationsmächte nicht nur gebuldet, sondern sogar offen unterstützt. Die deutsche Delegation macht die alliierten und assoziierten Regierungen darauf aufmerksam, daß die Duldung und Förderung von Bestrebungen, die zur Ablösung der meistlichen Gebiete vom Reiche führen sollen, in hohem Maße geeignet ist, die Verhandlungen über die Herstellung des Friedens und die Durchführung seiner Bedingungen zu stören.

Dazu kommt, daß Deutschland die Lasten, die es im Friedensvertrag auf sich nehmen will, nur tragen kann, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Unterlagen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unangefastet bleiben. Es bedarf keiner Ausführung, daß die Abtrennung von Gebieten mit so großer Bevölkerungszahl und so hoch entwickelter Industrie wie die Rheinlande, die Grundlagen des deutschen Friedensangebots erschüttern müssen. Wenn also die Behörden der Okkupationsmächte, die den Abfall der Rheinlande befördern, der Meinung sind, daß sie dadurch den Interessen der alliierten und assoziierten Regierungen dienen, so vergessen sie, daß sie, zwar vielleicht den tatsächlichen Machtbereich dieser Regierungen für den Augenblick vergrößern, zugleich aber die rechtlichen Sicherheiten verringern, die ihnen für die Durchführung der Friedensbedingungen haften sollen.

Hiernach richtet die deutsche Friedensdelegation an die alliierten und assoziierten Regierungen das nachdrückliche Ersuchen, die im vorliegenden gefennzeichneten Vorgange alsbald aufzuklären und dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die militärischen Behörden der Okkupationsmächte im Rheingebiet unerwünscht und mit allem Ernste auf das Gefährliche ihres mißleiteten politischen Eifers hingewiesen und angehalten werden, einerseits jede Förderung der Loslösungsbestrebungen zu unterlassen, andererseits den deutschen Behörden bei der pflichtmäßigen Bekämpfung dieser Bestrebungen keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen.

Die „Regierung Dorten“.

Der Präsident der Rheinrepublik Dorten hält sich nicht in seiner Residenz auf, da ihm Bliesbaden wegen Drohungen der Arbeiter zu unsicher geworden ist. Er wohnt in Hebrich. Bei seinen Ausfahrten begleiten ihn zwei französische Offiziere. Herr Dorten hat übrigens auch schon eine Regierung gebildet, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Dorten Vorsitzender, Edermann Justiz, Dr. Klingenschmidt Kunst und Wissenchaft, Klaus Krämer Schulwesen, Adolf Krämer Volkswohlfaht, Dr. Liebing Finanzen, Moenides Inneres und Salm Landwirtschaft und Volksernährung.

Das verprügelte Kabinett.

Der „Präsident“ der Rheinischen Republik, Dr. Dorten, versuchte mit seinem neugebildeten Kabinett durch einen Handstreich von der Regierung in Biesbaden Besitz zu ergreifen. Er benutzte den freien Nachmittag der Beamten, um in das Regierungsgebäude einzudringen und belegte zunächst das Arbeitszimmer des Präsidenten für sich mit Beschlag, während die Mitglieder des Kabinetts im Vorraum auf weitere Befehle des Präsidenten warteten. Dieser ordnete als erste Amtshandlung die Stillung der weißgrünen Fabrik, die er gleich mitgebracht hatte, an, doch konnte dieser Befehl nicht ausgeführt werden, weil man nicht den Auftrag zum Dach des Regierungsgebäudes fand. Inzwischen hatte sich die Kunde von dem beabsichtigten Putz wie ein Lauffeuer durch die Stadt verbreitet, und große Menschenmengen sammelten sich mit dem Ausdruck heftigster Empörung vor dem Gebäude an.

Handeste Leute drangen in dieses ein und luderten eine sehr lebhaftc Unterhaltung mit den Kabinettsmitgliedern an, die damit endete, daß die Herren Minister fürchterlich verprügelt wurden, namentlich der „Justizminister“ Dr. Edermann und der „Kultusminister“ Dr. Klingenschmidt trugen so schwere Verletzungen davon, daß sie von einem herbeigeholten Arzt den ersten Verband erhalten und dann ins Krankenhaus transportiert werden mußten. Nur der Präsident Dr. Dorten kam glimpflich davon, weil er sich im Regierungsgebäude versteckte und sich später durch die Nacht rettete.

Wie die Hochverräter denken.

Wie man der pfälzlichen Bevölkerung die selbständige republikanische Schmachhaft zu machen versucht, dafür sei folgender Auszug aus hier verbreiteten Flugblättern ein Beispiel. Es heißt dort u. a.: „Welche Nachteile werden wir haben, wenn wir beim Deutschen Reiche ...“

Wagnern bleiben? Wir werden weder Kohlen für den Hausbrand noch für unsere Industrie haben, weil wir von dem Saargebiet abgeschnitten sind und unsere pfälzischen Kohlenbergwerke verlieren. Vom übrigen Deutschland, das selbst nicht genug Kohlen hat und noch große Mengen abliefern muß, werden wir keine erhalten können. Ohne Kohle keine Industrie! Ohne Industrie haben wir keinen Verdienst, die Arbeiter keine Arbeit! Wir werden keine Lebensmittel, keine Rohmaterialien kaufen können. Durch die kolossalen Kriegsschadigungen und Kriegskosten wird jeder sein Vermögen verlieren. Infolge unserer unglücklichen isolierten Lage werden wir ärmer werden wie das übrige Deutschland. Gibt es da noch eine Wahl? Kein Mensch kann uns zurechnen, daß wir vollkommen unnützerweise Deutschland zuliebe Selbstmord begehen. Freier Handel nach Westen und Osten wird uns zugesichert, der Weinbau wird geschützt werden. Durch wohlwollende Änderung der Valuta wird der Geldwert für die Pfalz gehoben werden. Arbeiterversicherungen und Pensionen bleiben selbstverständlich garantiert und werden weiter ausgebaut werden. Gewiß, Deutschland ist unser Vaterland. Unser engeres Vaterland ist aber die Pfalz! Das Land liegt uns näher als der Nord. Was kann Deutschland eine dahinsiechende Provinz nützen, die außerdem noch durch die militärische Abnebelung von ihm abgeschnitten ist?

Die Frage der Verantwortlichkeit.

Deutsche Note über die Schuld am Kriege.

Die deutsche Note über die Verantwortlichkeit am Kriege liegt nunmehr im Wortlaut vor. Sie trägt die Unterschriften der Sachverständigenkommission (Prof. Hans Delbrück, Prof. Weber, Graf v. Montgelas und Wendelssohn-Bartholdy) und hebt einleitend hervor, daß die Frage der Verantwortlichkeit nur von einer von beiden Seiten als unparteiisch anerkannten Kommission, der alle Archive geöffnet werden müßten, anerkannt werden kann. In längeren Ausführungen wird dann die politische Lage bei Ausbruch des Krieges erörtert und insbesondere der Auffassung entgegengetreten, daß ein geheimes Komplotz zwischen Deutschland und Österreich zur Veranlassung Serbiens bestand.

Die Katastrophe.

Über die Juli-Lage 1914 wird ausgeführt, daß die russische Mobilmachung eine glückliche Lösung der Krise verhindert habe. Damit habe für Deutschland der Krieg nach zwei Fronten bedroht worden, der nicht nach beiden Seiten defensiv geführt werden konnte. Deutschland hat den Weltkrieg nicht gewollt. Hauptsächlich der Verletzung der belgischen und der luxemburgischen Neutralität steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt der Erklärungen des ehemaligen Reichsfanzlers v. Bethmann Hollweg. Sie behauptet den Versuch einer nachträglichen Rechtfertigung des Einmarsches.

Kriegsursache und formelle Anlässe.

Man kann nach unserer Ansicht grundsätzlich nicht in der Art, wie es der gegnerische Kommissionsbericht tut, die Frage einer Kriegsursache durch Aufzählung von formellen Anlässen lösen, welche einen bestehenden Zustand politischer Hochspannung in einen Krieg hinübergleiteten. Neben der völligen und erstaunlichen Irrtümlichkeit der Darstellung der Einzelstatistiken liegt darin der grundsätzliche Fehler des ganzen Verfahrens. Man wird vielmehr die Fragen aufwerfen müssen:

1. Welche Regierungen haben in der Vergangenheit am meisten jenen Zustand dauernder Kriegsbedrohlichkeit gefördert, unter welchem Europa vor dem Kriege jahrelang gelitten hat? ferner und damit im Zusammenhange damit
2. Welche Regierungen haben politische und wirtschaftliche Interessen verfolgt, welche nur durch einen Krieg verwirklicht werden konnten?

Dabei wird zu der zweiten Frage vorweg bemerkt, daß bei der Antwort hierauf künftighin wohl auch die Friedensbedingungen wirtschaftspolitischer und territorialer Art als Beweismaterial dienen werden. Zu beiden Punkten wird ausgeführt:

Die Fehler der deutschen Politik.

Die Denkschrift befaßt sich zum Schluß mit den Fehlern der deutschen Politik, die nach Ansicht der Verfasser der Note (Prof. Delbrück, Prof. Weber, Graf v. Montgelas und Wendelssohn-Bartholdy) zum Teil weit zurückliegen. In dem Streben Rußlands, seine pan-slawistischen Pläne zu verwirklichen, was nur nach Verwirklichung Österreich-Ungarns zu erreichen war, liegt die wahre Ursache des Weltkrieges. Da Frankreich sein Streben nach Elb-Lothringen niemals aufgegeben hat, ist es nicht möglich, den Krieg gegen Frankreich als Ungerechtigkeitskrieg hinzustellen. Was England anbelangt, so konnte Umfang und Geist des deutschen Flottenbaues, sowie die Haltung Deutschlands auf den Friedenskonferenzen Mißtrauen erregen.

Wie das deutsche Volk den Krieg sah.

Entscheidend aber war, daß Deutschland einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem scheinbar unerlässlichen Barismus nicht entgehen konnte ohne Preisgabe nicht nur seiner Vertragsrechte, sondern auch seiner eigenen Unabhängigkeit. Das einzige Mittel wäre unter diesen Umständen eine ganz feste und bindende Vereinbarung mit England gewesen, welche beiden Teilen Vertrauen einflößt und sowohl Deutschland als Frankreich vor jedem Angriffskrieg geschützt hätte. Nur als Verteidigungskrieg gegen den Barismus hat das deutsche Volk, auch die Sozialdemokratie, 1914 den Kampf einmütig aufgenommen. Mit dem Augenblick, wo der Barismus niedergeworfen war, wurde der Krieg sinnlos, und die Kommission würde seine Fortsetzung als einen Frevel der früheren Regierung bezeichnen, sobald zweifellos nachgewiesen werden würde, daß die Gegner bereit gewesen wären, einen Frieden ohne Sieger und ohne Besiegte auf der Grundlage der Achtung der gegenseitigen Ehre zu schließen. Dafür fehlt bis heute der Beweis, und wenn an den Friedensbedingungen festgehalten wird, wird dieser Beweis niemals glaubhaft erbracht werden.

Die rheinische Republik.

Bereitete Hoffnungen der Franzosen.

Aber die Ausrufung der sogenannten rheinischen Republik und ihren Wert scheinen sich die französischen Blätter allmählich keiner Täuschung mehr hinzugeben. Zwar verliessen einige Zeitungen Stimmgabeln für die

Dortensche Republik zu machen, aber im allgemeinen veröffentlichten die Blätter Briefe aus dem Rheinland, welche darauf hinweisen, daß die Bewegung gescheitert ist.

General Berraut berichtet im „Seure“ aus Mainz, die Ausrufung der Republik sei nur eine Geste gewesen. Die Idee der Rheinrepublik habe sich noch nicht verwirklicht, und wenn sie verwirklicht werde, werde es sich um einen rheinischen Staat handeln, der von Preußen unabhängig sein, aber innerhalb des deutschen Bundes bleiben werde. Schon dies müsse übrigens Frankreich genügen. „Gclair“ veröffentlicht einen Koblenzer Brief, welcher zugiebt, daß die Bevölkerung sich geradezu feindlich gegen die Dortensche Pläne verhielt. „Humanität“ erklärt, die Ausrufung der Rheinrepublik, welche von französischen Militärbehörden gemacht war, sei eine lächerliche Verschönerung gewesen. Brodhörst's Protest zeige zur Genüge und in geschärfelter Weise, daß derartige Zwischenfälle nicht angetan seien, das Friedenswerk zu erleichtern.

„Somme Libre“ bemüht sich dagegen in einem offiziellen Leitartikel nachzuweisen, daß Frankreich an der Bewegung keinen Anteil habe und meint, daß aus dieser Erwägung heraus Brodhörst's Protestnote nicht beantwortet werden würde. Nach Anordnung der französischen Behörden sollen sich die Truppen, solange die öffentliche Ordnung nicht gestört wird, gegenüber der neuen Republik und ihren Gegnern völlig neutral verhalten.

Gegen die rheinischen Hochverräter.

Die Bürgermeister und die Führer der Stadtverordnetenversammlung in Mainz ließen dem General Mangin erklären, daß sie die rheinische Republik nicht anerkennen würden. Mangin nahm diese Erklärung zur Kenntnis. Er verbot aber die Veröffentlichung dieser Entschliebung. Die Tagesordnung einer Stadtverordnetenversammlung, in der zu dieser Frage Stellung genommen werden sollte, wurde nicht genehmigt. — Französische Militärautos durchfahren am 6. und 7. Juni Rheinhessen und warfen in den einzelnen Orten Flugblätter ab, in denen Dorten seine Staatsgründung schmachtet zu machen sucht. Daraus erhellt deutlich, welche Geschäfte die Herren Dorten und Genossen betreiben. Es muß festgestellt werden, daß die Führer der rheinischen Zentrumspartei mit allem Nachdruck den hochverräterischen Bestrebungen entgegenwirken.

Europäischer Generalfreist.

Eine große Kundgebung für Rußland.

Die französischen Blätter melden, werden die Führer der englischen, italienischen und französischen sozialistischen Partei, die bereits kürzlich in Mailand zusammengelassen sind, in etwa acht Tagen in Paris wieder zusammentreten, um den Arbeitergemeinschaften der drei Länder einen allgemeinen europäischen Aufruf von ein oder zwei Tagen vorzuschlagen. Die Führer beabsichtigen, durch diese Friesenkundgebung die Frait der Arbeiterklasse und den Willen der Arbeiterschaft, sich jedem Einschreiten in Rußland zu widersetzen, zu beweisen.

Die Streikbewegung in Paris.

Es scheint, daß die Unruhbewegung in Paris und Frankreich unverändert ist. Der Betrieb einiger Pariser Untergrundbahnlinien wurde teilweise von Streikbrechern wieder aufgenommen. Bei zahlreichen Gewerkschaften scheint die Gärung zuzunehmen, beispielsweise bei den Eisenbahnern. Die Elektriker in den Pariser Werkstätten haben teilweise die Arbeit niedergelegt. In den großen Kaufhäusern scheinen die Angehörigen gleichfalls demnächst in den Ausstand treten zu wollen.

Das neue Österreich.

Wien, im Juni.

Der Staat, dem die Friedensbedingungen der Verbündeten den Namen Österreich geben, erstreckt sich wie eine Wurft von Bregenz bis Wien, ein schmales, langes Gebiet, bestehend aus dem Vorarlberg, Nordtirol, einem Teil von Kärnten und Steiermark, Salzburg, Oberösterreich und Niederösterreich. Dieses ganze Gebiet zählt ungefähr sechs Millionen Einwohner, ist zum großen Teil schwarz bevölkert und soll eine Hauptstadt von 2½ Millionen, die bis jetzt eine Weltstadt war und am östlichen Ende des Staates liegt, halten und ernähren. Nach der Volkszählung von 1910 hatte Niederösterreich mit dem angrenzenden Deutschböhmen und dem angrenzenden Kreis Deutschmähren 3 727 650 Einwohner, darunter 3 311 494, die das Deutsche als Umgangssprache angeden; Oberösterreich mit dem Böhmerwaldgau 1 086 164, darunter 1 018 841 Deutschsprechende; Salzburg 214 737, darunter 208 009 Deutschsprechende; Vorarlberg 145 408; Tirol ohne Westtirol 583 926; nun soll es mit Deutsch-Südtirol fast die Hälfte der Zahl verlieren. Deutsch-Böhmen zählte 2 070 498 Deutschsprechende, Kärnten 305 085, Steiermark 964 377. Wie viele davon in Steiermark und Kärnten Österreich zugeteilt sind, ist erst auszurechnen. Sicher ist, daß von den Deutschen des alten Österreich über drei Millionen nicht mehr im neuen Österreich sein, sondern zu slawischen Staaten und zu Italien gehören werden. Dafür bleiben in Wien und anderen Orten ein paar hunderttausend Tschecho-Slowaken, für die in dem famosen Friedensvertrag Schutzbestimmungen für Sprache, Kultur und Religion gegeben sind. Der Blick auf die Karte des neuen Österreichs ist, wie man sieht, trübselig für jeden Österreicher. Ein Zugang zum Meere ist der Republik wohl in Aussicht gestellt, aber die Landstriche mit Kohle und Erzen sind ihr genommen. Nach allen Richtungen ist sie auf fremde Zufuhr angewiesen.

Das Mein der Nationalversammlung.

In der Nationalversammlung stellte Präsident Setz fest, daß aus den Erklärungen aller Redner hervorgehe, daß ganz Österreich mit dem Staatssekretär darin übereinstimme, daß der Friedensentwurf untragbar sei, und erklärte: Wir geloben Treue unseren bedrohten Brüdern im Kampfe gegen die Unterdrückung; wir hoffen, daß es den Unterhändlern in St. Germain gelingen wird, die Bedingungen zu mildern. Sollte es aber nicht gelingen, so möge die Welt wissen, es steht kein Volk, auch nicht das Volk Deutsch-Österreichs. Man kann ein politisches und soziales Chaos schaffen, in dem alles untergeht, was wir an Kultur und Werten besitzen, dann werden wir aber nicht allein leiden und nicht für immer leiden. Wir werden uns wieder erheben zu neuem Leben und uns angliedern als freier Staat in die große deutsche Republik.

Nach langanhaltendem stürmischem Beifall wurde die Sitzung unter großer Bewegung geschlossen.

Ultimatum der Entente an Ungarn.

Einstellung des Kampfes gegen die Tschecho-Slowaken.

Verfaßt, 10. Juni.

Der Pariser „Temp“ meldet, daß die alliierten und assoziierten Mächte die bolschewistische Regierung in Budapest aufgefordert haben, die Feindseligkeiten gegen die Tschecho-Slowaken sofort einzustellen.

In dem Telegramm Clemenceaus an die Räteregierung heißt es: Die alliierten und assoziierten Regierungen sind im Begriff, die Vertreter der ungarischen Regierung nach Paris zur Friedenskonferenz zu berufen, um dort die Mitteilung der Anschauungen über die gerechten Grenzen Ungarns entgegenzunehmen. Dies geschieht gerade in dem Augenblick, da die Ungarn gegen die Tschecho-Slowaken ungerechtfertigte heftige Angriffe unternehmen und in die Slowaken eindringen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben indes bereits ihren festen Willen kundgegeben, all diesen unnützen Feindseligkeiten ein Ende zu setzen, indem sie zweimal den rumänischen Armeen, die die im Waffenstillstand vorgezeichneten Grenzen und dann diejenigen der neutralen Zone überschritten hatten, Halt geboten, und indem sie sie an der Fortsetzung ihres Marches auf Budapest dadurch hinderten, daß sie die serbischen und französischen Armeen an der Südfrent Ungarns aufhielten. Unter diesen Umständen wird die Budapest Regierung formell eingeladen, unverzüglich ihren Angriffen gegen die Tschecho-Slowaken ein Ende zu setzen, widrigenfalls die verbündeten und assoziierten Regierungen fest entschlossen sind, sofort zu den äußersten Mitteln zu greifen, um Ungarn zur Einstellung der Feindseligkeiten sowie dazu zu zwingen, sich dem unerschütterlichen Willen der Verbündeten zu fügen, daß ihre Befehle geachtet werden. Die Beantwortung dieses Telegramms hat innerhalb einer Frist von 18 Stunden zu erfolgen.

Rußland.

* Kollschak's Programm. Admiral Kollschak erklärte in seiner Antwort an die alliierten Regierungen, er nähme im allgemeinen die von den Alliierten dargelegten Grundsätze an. Kollschak bestätigte seine feste Absicht, so schnell als möglich die Wahlen zur konstituierenden Versammlung vorzunehmen zu lassen. Kollschak sei bereit, die Unabhängigkeit Polens anuerkennen, doch müßten die Grenzen im gemeinschaftlichen Einvernehmen mit Polen festgelegt werden. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands könne nur mit Zustimmung der Konstituante erfolgen. Für das endgültige Regime, das mit Beihilfe der Konstituante festzulegen sein wird, hat die russische Regierung weitgehende Autonomien im Auge. Kollschak legte sodann eingehend dar, daß es der Wille Rußlands und der in seinem Namen sprechenden Männer sei, den nationalen Wiederaufbau auf aufrichtiger demokratischer Grundlage vorzunehmen. Schließlich verpflichtete sich Kollschak, alle von den verschiedenen russischen Regierungen bis zum 7. November 1917 eingegangenen Verpflichtungen zu halten.

Die Streiklage in Frankreich.

Drohender Eisenbahnerausstand.

Entgegen den Versicherungen der Regierungsborgane, der Streik sei im Abflauen begriffen, lassen die Meldungen anderer Blätter erkennen, daß die Lage zummindest unverändert ist, wenn sie sich nicht verschärft hat, nachdem die Metallarbeiter eine Einigung mit ihren Arbeitgebern abgelehnt haben. Auch die Bergarbeiter haben jede Einigung abgelehnt und wollen vorläufig weiter streiken. Dazu kommt, daß unter den Eisenbahnern, die schon seit langem Widerwärtigen Clemenceaus sind, eine gefährliche Stimmung herrscht. In den Versammlungen ihrer Gewerkschaften wurde beschlossen, in acht Tagen den Generalfreist zu beginnen.

+ Es bleibt bei vierteljährlicher Steuerzahlung. Gegen die angelegten der starken Erhöhung der Steuerbeträge naheliegende Erwägung, ob nicht die gegenwärtig vierteljährliche durch die monatliche Steuerzahlung ersetzt werden sollte, sprechen nach Ansicht der zuständigen amtlichen Stellen gemichtige Gründe. Für den Staat würde die Erhebung und Verrechnung der Steuern in Monatsbeträgen große Ersparnisse bringen. Aber auch vom Standpunkt des Publikums würde die Änderung keine Verbesserung bedeuten, da mit der monatlichen Zahlung sowie beim Holz wie beim Bringensystem größere Unbequemlichkeiten verbunden wären. Die Abschaffung der früher geübten monatlichen Steuererhebung werde staatsförmig dauernd als eine wesentliche Verbesserung angesehen.

Tschechien.

* Innerpolitische Gegenstände. Finanzminister Dr. Rajin hielt in Weinberg bei Prag eine Rede, in der er u. a. sagte: Wir haben die Herrschaft des österreichischen Absolutismus zertrümmert und haben dafür den Terror einer Klasse eingetauscht. Dieser Klassenterror kennt weder Geleis noch Recht. Wir wollen keine Klassenrepublik, wir wollen eine freie Republik. Jeder muß sich dagegen wehren, daß eine Klasse, wenn sie auch zahlenmäßig die stärkere ist, die schwächeren vergewaltigt. Wir wollen Gerechtigkeit und Freiheit. Unsere Lage ist ernst. Zwar befindet sich in der Tschecho-Slowakei der größte Teil der Industrie der ehemaligen Monarchie, aber um sie beschaffigen zu können, brauchen wir vor allem Rohstoffe und Kredit.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Wohnungsbeschlagnahmen in Berlin. Der Magistrat Berlin beabsichtigt mit Zustimmung der Stadtverordneten 500 über das ganze Stadtgebiet zerstreute Wohnungen aus der Zahl der durch Zuschüsse wohnfrei gemachten zu beschlagnehmen. Die aus der Beschlagnahme während der nächsten drei Jahre entstehenden Kosten sind mit 845 000 Mark veranschlagt worden.

* Freistellung von der Zugsteuer. Auf Antrag des Verbandes Deutscher Leztgeschäfte e. V., Berlin, hat sich der Reichsminister der Finanzen damit einverstanden erklärt, daß Kofos- und ähnliche Matten, die als sogenannte Abstreter zum Reinigen der Füße dienen, auch bei einem 80 Mark für das Quadratmeter übersteigenden Preis nur dem allgemeinen Satz der Umsatzsteuer von 5 vom Tausend unterworfen werden, wenn unabweisbar feststeht, daß die Gegenstände ihrer Größe und sonstigen Beschaffenheit nach weder als Teppich, noch als Fußbodenbelag Verwendung finden können.

Aus Stadt und Provinz.

Greifenhagen, den 18. Juni 1919.

* — **Öffentliche Stadtverordnetenversammlung vom 17. d. Mts.** Anwesend waren 4 Magistratsmitglieder und 29 Stadtverordnete. Zu den Magistratsvorlagen wurden folgende Beschlüsse gefasst: Von der Jahresrechnung der Stadtparkasse für das Jahr 1917 wurde Kenntnis genommen und dem Rentanten Entlastung erteilt. Die Vergütung für Reinigung und Heizung der Diensträume im Rathaus wurde vom 1. April ds. Js. ab der Magistratsvorlage entsprechend auf Widerruf erhöht. Der Vorlage, die Anwesenheitsgebühr des Wiesenwärters für auswärtige Pächter auf 1,25 M zu erhöhen, wurde zugestimmt. Für künftige Wiesenpächter verbleibt es bei dem Satz von 0,75 M. Ebenfalls zugestimmt wurde der Vorlage auf Uebernahme von 1/4 der Uebersteuerungskosten für die von dem gemeinnützigen Bauverein zu errichtenden Wohnhäuser, jedoch mit der Maßgabe, daß der Bauverein die Verpflichtung zur Eintragung des Vorkaufsrechts durch die Stadt übernimmt und die Vermietung der Wohnungen unter Zuziehung von Vertretern des Magistrats und Mitgliedern der städtischen Wohnungskommission erfolgt. Die Kosten zur Herstellung eines Verbindungsweges zwischen dem Wege am Mühlentfleß und der Steintnerstraße — neben der landwirtschaftlichen Winterstraße — bis zur Höhe von 350,— M wurden bewilligt. Als dringlich anerkannt wurde zum Schluß eine Eingabe des Arbeiterrats wegen evtl. weiterer Bewilligung von Mitteln für dessen Tätigkeit bezw. Aufhebung der Kontrolle der städtischen Behörden. Die Versammlung beschloß, eine Kontrolle der städtischen Behörden vom 1. Juli ds. Js. ab nicht mehr stattfinden zu lassen, die beiden Sicherheitsleute sollen bis auf Weiteres im Amt bleiben.

* — **Gewerbliche Fortbildungsschule.** Es wird darauf hingewiesen, daß am nächsten Sonntag früh um 7 Uhr im Knabenschulhaus der Zeichenunterricht der Gewerblichen Fortbildungsschule wieder beginnt.

* — **Rubians, 5. Juni.** Am Sonntag, den 15. ds. Mts. tagte in Falkenberg's Gasthof eine Versammlung von Landwirten aus unserem Orte und Umgebung, die von dem Einberufer, Hofbesitzer Karl Falkenberg geleitet wurde. Wichtige Fragen der Gegenwart mit Beziehung auf den landwirtschaftlichen Beruf wurden erörtert. So die Lohnfrage für Arbeiter und Gesinde. Die damit zusammenhängende Preisfrage für landwirtschaftliche Erzeugnisse u. a. Die sehr gut besuchte Versammlung faßte einen Entschluß, den Pom. Landbund zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen eine angemessene Erhöhung der Vieh- und Getreidepreise bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft zu erwirken, eine Erhöhung, die den gesteigerten Herstellungskosten entspricht und die auch dem Käufer und Verbraucher angemessen erscheint. In der Resolution wurde auch die scharf ablehnende Form Stel-

lung genommen gegen die unerhört verletzende Form der Antwort des Reichsernährungsministers auf die Forderungen des Bundes der Landwirte und des Landbundes in dieser Angelegenheit. Die beleidigenden Unterstellungen in dieser Antwort bezw. beabsichtigter Bereicherung wurden mit Entrüstung zurückgewiesen.

* — **Fibbichow.** Die Schützengilde beging am 13. und 14. ds. Mts. nach langer Zeit wieder ihr Schützenfest. Beim Königsschießen errang Fabrikbesitzer Springstube die Königswürde, während sich Landwirt Hermann Beyersdorf zum 1. Ritter und Tischlermeister Frey zum 2. Ritter schossen.

* — **Stargard, 13. Juni.** Eine merkwürdige Folge hat der Achtstundentag hier gezeigt. Zahlreiche gelernte Arbeiter, die in der Eisen-Werkstätte beschäftigt sind, führen nach Schluß der Arbeitszeit für eigene Rechnung Verbesserungs- und andere Arbeiten aus, die auf diese Weise dem Handwerk entzogen werden oder eine Beschäftigungslosigkeit von Kellnern und dergl. zur Folge haben. Das Gewerkschaftskartell hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, Schritte zu unternehmen, welche eine derartige Schädigung anderer Berufskreise verhindern sollen, und fordert in einem Anschlage auf, gegen den Achtstundentag verstoßende „Arbeitswütige“ zu melden.

* — **Giefenbrügge, 13. Juni.** Mehrere Kinder spielten an der Deichsel eines Wagens der hinter einen anderen Wagen gekoppelt war. Bevor der Kutscher abfuhr, hatte er die Kinder von dem Wagen entfernt. Trotz des Verbotes drängten sich diese wieder zwischen die Wagen, um auf der Deichsel mitzufahren. Als die Pferde anzogen, stürzte die 6 Jahre alte Tochter des Landwirts Rarkau von der Deichsel und wurde überfahren. Ein Wagentad zerquetschte dem Kinde den Kopf, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat.

Es ist alles schon dagewesen!

Das alte Sprichwort: „Es ist alles schon dagewesen“ hat auch im Kriege und in der Revolutionszeit seine Berechtigung bewahrt. Die Stahlhelme unserer Feldgrauen zeigen ein Ausrüstungsstück des Mittelalters in neuer, sehr zweckmäßiger Aufmachung. Eine Rückkehr zu einer alten, längst überwundenen Einrichtung des Mittelalters brachten uns neuerdings die zum Schutze der Bürger gegründeten Einwohnerwehren und Zeitsfreiwilligenwehren. Nur darin ging man früher noch weiter, daß jeder Bürger verpflichtet war, im Dienst der Stadt die Waffe zu führen, während heute Freiwillige diese Schutzpflicht übernehmen. Im Stettin des Mittelalters gehörte es z. B. nach den „Burspraken“, den mittelalterlichen Bürgerverordnungen, zu den Pflichten der Bürger Wachtdienst zu leisten und „vorne Dore to sittende“, wie es in den „Burspraken“ heißt. Die „Burspraken“ legten es dem Bürger dringend ans Herz, seinen Harnisch stets bereit zu halten. Freilich richteten sich damals diese Maßnahmen meistens

gegen gefürchtete Einfälle von außen; während die „Stadtkinder“ mit rauflustigen Gesellen im eigenen Hause leicht fertig wurden. Soweit sind wir heute leider nicht mehr, wir brauchen jetzt überall eine gutorganisierte Einwohnerwehre oder Zeitsfreiwilligenwehre zutun, um zum Schutze gegen den Terror und die Gewalttätigkeiten einer nach der Herrschaft strebenden, vor nichts zurückschreckenden kleinen Minderheit. Möchte daher der Geist der alten „Burspraken“ wieder lebendig werden und alle vaterländisch denkenden Bürger, Bauern, Angestellten und Arbeiter an ihre alte Pflicht mahnen in die Einwohnerwehren bezw. Zeitsfreiwilligenwehren einzutreten und Stadt und Land zu schützen mit der Waffe in der Hand.

Vermischtes.

o **Seringe und Fett aus Schweden.** Die seit längerer Zeit zwischen der deutschen und der norwegischen Regierung geführten Verhandlungen über die Lieferung von 10000 Tonnen gehärteter, vorzugsweise pflanzlicher Speisefette und von 750 000 Fag norwegischer Salzheringe nach Deutschland sind zum Abschluß gelangt, nachdem die deutsche Regierung die Verkaufsbedingungen angenommen hat. Der Kaufpreis von 80 Millionen Kronen wird von der norwegischen Regierung auf durchschnittlich zweieinhalb Jahre kreditiert gegen Zinsen. Die Beladung der Heringe ist im Gange.

o **Riesenfälschungen von Zigarettenbänderolen hat die Berliner Kriminalpolizei aufgedeckt.** Die Fabrik war eine Druckerlei in der Landsberger Straße und deren Geschäftsführer die Seele des ganzen Unternehmens. Ihm zur Seite stand ein Kaufmann Wulff Brandt. Der Besitzer der Druckerlei hatte sich von Dietrich und Brandt unter dem Druck einer großen Notlage verleiten lassen, die Fälschungen herzustellen. Das Klischee hatte sich Dietrich durch eine ganz abgefeimte Täuschung einer angelegenen Gravieranstalt verschafft. Die Bänderolen für 1000 Zigaretten kosteten in der Druckerlei 75 Bfg. das Stück. Sie wurden von dem Cafetier Otto Schulz und seinen Helfershelfern für 6 Mark das Stück verkauft. Niemengen wurden vertrieben. Der Inhalt der Zigaretten, die unter diesen falschen Bänderolen in den Handel kamen, bestand aus einer ganz geringen Menge von gestohlenem oder verheimlichtem Tabak und einer großen Beimischung von allerhand wertlosem Zeug. Die Hauptbeteiligten sind verhaftet.

o **Für 100 000 Juwelen** wurden am Pfingstsonnabend von bisher unbekanntem Täter in einem Berliner Hotel erbeutet. Durch Freilassung eines Gepäckkommissionärs gelang es den Dieben, die Herausgabe des Warenoffers eines im Hotel wohnhaften Juwelenreitenden zu erlangen. Der Inhalt bestand aus Broschen, Kollieren, Anhängern, Armbändern und Krawattennadeln, die teils in Platin, teils in 18 karätigem Gold gefaßt und mit Edelsteinen verziert sind. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

o **Eisenbahnverkehr.** Die Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätte Göttingen, etwa tausend Mann, legten infolge eines Versammlungsverbotes die Arbeit nieder.

Neu eingetroffen!

Ein grosser Posten

Reichs-Anzüge:

Sommer-Joppen und Hosen

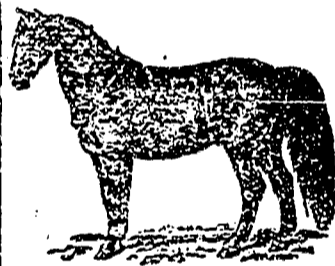
blauleinene Monteuranzüge

leichte Leinen- u. Zwirnstoffe

für Herren- und Knaben-Anzüge.

Bernhard Fuchs Nachf.

Greifenhagen. Brückenstr.



Schlacht-Pferde

werden gekauft.

Roßschlächtere Greifenhagen

Fernspr. 42 Fritz Bohl Fernspr. 42

Richard Kayser, Maschinen-Fabrik, Stettin 57.

Sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen u. Geräte
Reparaturen sämtlicher Maschinen f. Landw. u. Gewerbe
Lokomobilen und Dreschmaschinen
zu Kauf und Miete.

Kronheide.

Am Sonntag, d. 22. Juni, nachmittags von 3 Uhr ab:

Tanzkränzchen

Es ladet freundlichst ein Radebach.

Kronheide.

Am Sonntag, d. 22. Juni, nachmittags von 3 Uhr ab:

Abschieds-Kränzchen.

Es ladet freundlichst ein Otto Schulz.

Schützenhaus.

Am Freitag steht mein Restaurant mit Garten der Fischer-Innung zur Verfügung.

Kurz.



1 ostpreussische

Stute

schwarzbraun hochtragend, 4 Jahre alt, 1,70 groß und 1 ostpr. brauner Wallach

6 Jahre alt, 1,70 groß beide gesund und vollkommen sechsfrei, zu verkaufen.

Bergmühle Al. Schönfeld, Kr. Greifenhg., Tel.: Borin 7.



Urbis
das seh' ich jetzt ganz klar, putz doch die Stiefel wunderbar
Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg

Am Sonnabend, 21. Juni vormittags 10 Uhr sollen Bahnhofstraße 578 einige alte eiserne

Brunnenrohre meistbietend verkauft werden. Die Verwaltung der Bürgerforst.

Umzugshalber ist **Sofa, Komode u. a. m.** sofort zu verkaufen E. Gerth, Bahnerstr. 575.

Frau gesucht zum Strafe fegen. **Reepke's Hotel.**

Eine frischmilch. **Kuh** steht zum Verkauf bei Emil Nickel, Kronheide.

Eine frischmilch. **Kuh** steht zum Verkauf **Mönchskappe Nr. 85.**

Wäschestoffe

für

Leib- u. Bettwäsche geeignet

Hemdentuch

u. Renforce

in verschiedenen Qualitäten
» und mäßigen Preisen «

Mtr. 12,50 9,50

8,50

Ein Besuch

□ dieser Abteilung unseres Hauses ist ganz besonders lohnend. □

Aronheim & Cohn, Stettin.

Viehsalz

ab Lager u. frei Bahn liefert in jedem Posten alterbilligst

Carl Herm. Boldt
Stettin

Altammerstr. 5 b u. 6. Tel. 46, 84.

Wurden-Pflanzen

Pomm. rotgrünhäutige Riesen gibt ab das Tau-
send 4 Mark E. Gumz-Sinzlow.



Suche sofort oder später
eine größere n. eine kleinere
Landwirtschaft

sowie 2 Landhäuser zu kaufen.
Angebote mit Preis und Beschreibung an:
Fritz Panzenhagen, Stettin, Paradeplatz 2.

Tabak-Pflanzen

wieder da. Krüger,
Rosenfelde b. Liebenow.

1 Häckselmaschine

verkauft
Bernhardt, Münchhappe.

Apfel- u. Birnenarten.

Neuheiten auf Bäume an.
Neumann, Kronheide.

Waldgerechter Jäger sucht

Gats- oder Gemeinde-Jagd
zu pachten, oder Anteil. Sehr
guter Jagdhund vorhanden.
Ingenieur **Wach**, Stettin,
Kaiser Wilhelmstraße 27 part.

Küchenschürzen

blauweiß gepunktete u. gestreifte
dunkle Muster, starkfärb. Ware
gewöhnlich weiß bl. à Stk. 4,75 M
extra weiß . . . 7,50 M
mit Träger . . . 9,80 M
versendet per Nachnahme, so
lange Vorrat reicht
Versand-Geschäft
W. Plath, Schöe i. H.

Besten Steinkohlenteer

pfund- und faßweise, billigst
abzugeben.
Fritz Dackert,
Dachbedermeister.

Wiesen

hat noch zu verpachten
u. Frau od. Mädchen
für Gartenarbeit sucht
Reiß, Fischerstr. 242.

Für die Beweise
herzlicher Teilnahme,
bei der Beerdigung
unserer lieben Mutter,
besonders Herrn Pastor
Groß für seine trost-
reichen Worte, unsern
herzlichsten Dank.
Im Namen der
Hinterbliebenen
Amalie Schaltschneider.
Greifenhagen, 18.6.19.

Warne hiermit
jedermann,
meinem kranken Mann,
Paul Arndt etwas auf
meinen Namen zu borgen,
da ich für nichts aufkomme.
Frau Anna Arndt
geb. Weise,
Kau-Bränken.

Selbstkäufer sucht
kleines Grundstück
am liebsten an der Haupt-
straße. Off. mit Preis, Lage
und Anzahl an die Geschäfts-
stelle d. Bl.

Suche zum 1. Juli wegen
Verheiratung meiner jetzigen
Mädchen ein erstes und ein
zweites **hausmädchen**.
Meldungen sind zu richten an
Frau Helene Köhde,
Marienau bei Bahn i. Pom.

Maurer

stellt ein bei dauernder Be-
schäftigung. Pr. Stb. 175 M.
Paul Nickel, Maurerstr.

Maurer und Arbeiter

werden gesucht. Zu melden
Greifenhagen, Stadtmühle.
Mauerstraße



Seden Sonntag
fahren unsere Dampfer wie
folgt:
Dampfer „Direktor Ehmke“
von Stettin nach Greifenhagen
morgens 7 1/2 Uhr,
von Greifenhagen n. Schwedt
über Marwik, Fiddichow u.
Nipperwiese
vormittags 8 3/4 Uhr.
Von Schwedt n. Greifenhagen
und Zwischenstationen
abends 6 Uhr.
von Greifenhagen nach Stettin
abends 8 Uhr.
Dampfer „Gartz“
von Schwedt n. Greifenhagen
über Nipperwiese, Fiddichow
und Marwik
morgens 6 Uhr,
von Greifenhagen nach Stettin
morgens 8 Uhr,
Von Stettin n. Greifenhagen
abends 8 Uhr,
von Greifenhagen n. Schwedt
und Zwischenstationen
abends 9 1/4 Uhr.
Dampfer „Sieg“
von Stettin n. Greifenhagen
und Unterbörsen
vorm. 9 1/2, nachm. 1 1/2 und
abends 9 1/2 Uhr.
von Greifenhagen n. Stettin
und Unterbörsen,
morg. 7 1/2, norm. 11 1/2 und
abends 8 Uhr.
Auf der letzten Fahrt von
Stettin nach Greifenhagen
legt der Dampfer in Klütz
und Klobower Untermühle
nicht an.
Bei genügender Beteiligung
nach Gartz und Gartz-Schrey
auch Restaurant Fernsicht.
Von Greifenhagen
nachmittags 3 Uhr.
vom Gartz Schrey
abends 6 1/2 Uhr.
Schwedt-Stettiner Dampfer-Ges.
m. b. H. Sitz Greifenhagen.

Dachpappe,
Altepappe,
Altepaste,
Steinkohlenteer,
Rienteer
empfiehlt **Walter Kloth.**

Eine Grube
mit **Kufdung**
sofort abzugeben.
Al. Mühlenstr. 143.

Weiße Wruken-
Gelbe!
Weißkohl-
Kohlraubi-
sowie alle Sorten
Gemüse-
hat in groß. Post. abzugeben
Bergmühle Bl. Schönfeld
Kreis Greifenhagen.
Fernspr. Borin Nr. 7.

Zement,

Marke „Stern“ in Säcken
offeriert billigst
Fritz Dackert.

1 Landwiese

vor dem Stettiner Tor zu
verkaufen.
Alwine Radünzel,
Bahntor 452.

Drei-Zimmerwohnung

oder **Häuschen mit**
Obstgarten für sofort
oder später gesucht.
H. Weiss, Wachmeister,
Berlin-Lichtenberg,
Pfarrstr. 15, p. 3 Cr.

Gewandte, zuverlässige
Stenotypistin
gesucht.
Justizrat Pochet.

Ein 1 Jahr altes
Fohlen
(dunkle Fuchsfute) verkauft
Arthur Schulz, Marienthal



Heute morgen 2 Uhr entschlief sanft nach
langer Krankheit meine liebe Frau
Minna Dorn
geb. **Lütow**
im 62. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Max Dorn,
Hegemeister.
Greifenhagen, den 17. Juni 1919.
Die Beerdigung findet am Freitag, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.

Sozialdemok. Wahlverein.
Am Freitag, d. 20. Juni, abends 8 Uhr,
findet im Saale des Kaisergartens eine

Öffentliche Versammlung

statt. Referent: Schriftsteller und Kreisstagsabgeordneter
Otto Passfeld.

Tagesordnung:
Der militärische und politische
Zusammenbruch Deutschlands.
Der Abteilungsführer. **Schroen.**



Am Sonntag, d. 22. d. Mts.
findet im Kaisergarten, nachm. 3 Uhr, das
Sommer-Vergnügen
verbunden mit **Konzert.**
statt, wozu freundlichst einladet
der **Eisenbahnverein.**
— Eintritt für Erwachsene 50 Pfg. —

Von Freitag, den 20. d.
Mts. ab steht in meinen Stal-
lungen ein großer Transport
3 u. 4 jährig. **Stuten**
vieler a. Zucht
geeigneter

Stuten
auch ein Paar erklaffige Wagenpferde
zum Verkauf und Tausch.
Franz Fliess, Bad Schönlieb Neum.
Fernsprecher 4.

Die Stücke der 9. Kriegsanleihe bis
1000 Mark können in Empfang ge-
nommen werden.

Vorschuß-Verein zu Greifenhagen
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Ab Donnerstag, den 19. 6.
wieder Sprechstunden werk-
tags von 1-3 Uhr.

Dr. W. Lehmann
Facharzt für Haut- u. Harn-
leiden, Stettin, Falkenwalder-
straße 133 am Hohenzollern-
platz.

Sprechstunden jetzt werk-
täglich 12-1 u. 2-5 Uhr
auss. Donnerstags.

Dr. med. J. Bootz
Stettin, Kaiser-Wilhelmstr. 12 II.
Mädchen für
gesucht zum 1. Juli. 2. Mäd-
chen vorhanden.

Frau Dr. Schmidt,
Podejuch, Feuerlohnstraße 3.

Ein
älteres **Pferd**
(gut. Einspanner) ein
2 1/2 Jahre altes, u.
zwei 5 Jahre alte Pferde,
alle sicher im Geschirr hat zu
verkaufen.
Jul. Adam,
Wartenberg i. Pom.

Tanz-
Unterricht.

Die nächste
Tanzstunde
findet
am **Freitag,**
sondern

Donnerstag

6 u. 8 Uhr
statt.

Zu dem am Montag,
den 23. stattfindenden
Kränzchen
sind die Karten am
Donnerstag zu lösen.
Eise Engel